



1 **HANDLUNGSFÄHIGKEIT STÄRKEN – SOLIDARITÄT ERNEUERN:**
2 **FÜR EINEN STARKEN SOLIDARISCHEN STAAT!**

3
4

5 Im Januar hat Oxfam in einer neuen Studie berichtet, dass die weltweite Ungleichheit
6 erneut dramatisch angestiegen ist. Nur 26 Superreiche besitzen inzwischen genauso
7 viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

8 Und bei uns? In Deutschland steigerten die Milliardäre ihr Vermögen im vergangenen
9 Jahr um 20 Prozent, schreibt die Studie. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfüge
10 jetzt über genau so viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent. Damit zählt
11 Deutschland zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit.

12 Hinzu kommt: Weltweit führen Steuerbetrug, Steuertrickereien aber auch legale
13 Methoden der Steuervermeidung dazu, dass dem deutschen Fiskus dringend benötigte
14 Einnahmen entgehen.

15 Wir brauchen finanzielle Handlungsspielräume für Kommunen. Denn während die
16 Unternehmensgewinne sprudeln und die Arbeitslosenquote - statistisch gesehen - auf
17 einem Tiefstand ist, verfällt die Infrastruktur und die soziale Versorgung. In einem
18 reichen Land wie Deutschland bröckeln Brücken, sind viele Schulen in einem
19 unwürdigen Zustand, und viele - vor allem ländliche - Räume sind von Mobilfunk und
20 Internet abgeschnitten. Und: eine wachsende Anzahl von Menschen kann von ihrem
21 Einkommen nicht leben.

22 Auch wenn die Wirtschaftsdaten für Deutschland ein positives Bild zeichnen, dürfen
23 wir nicht ignorieren, dass arm und reich immer weiter auseinanderdriften und der
24 gesellschaftliche Zusammenhalt zunehmend verloren geht. Angesichts einer sich
25 zunehmend öffnenden Schere zwischen arm und reich bei deutlich abnehmender
26 Steuerlast der hohen Einkommen und Vermögen und angesichts dringend
27 notwendiger Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge ist die
28 SPD in besonderer Weise gefordert, für einen starken und finanziell handlungsfähigen
29 Staat und für mehr Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit einzutreten. Wir wollen
30 unter anderem mehr Erzieher, mehr Lehrerinnen und Polizistinnen, die für ihre gute

31 Arbeit auch gut bezahlt werden. Dazu bedarf es einer substanz- und krisenfesten
32 finanziellen Ausstattung des Staates.

33 Und auch nur so entstünde Spielraum für die Entlastung kleiner und wirklich mittlerer
34 Einkommen, die sie am Ende nicht über staatliche Leistungseinschränkungen selbst
35 finanzieren müssten. Der Staat nimmt von den Vielen zu viel und von den Wenigen zu
36 wenig an Steuern ein. Ein Land, in dem Einkommen und Vermögen sich auf einen
37 zunehmend kleiner werdenden Teil der Gesellschaft konzentrieren und in dem 5
38 Prozent so viel besitzen wie die übrigen 95 Prozent, gefährdet auf Dauer das
39 Zusammenleben aller; zudem ist es volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Um im Sinne
40 von Thomas Piketty zu sprechen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
41 wissen, dass unser Wohlstand auf Bildungsfortschritten und Investitionen in die
42 Ausbildung fußt – und nicht auf der Religion von Reichtum und Ungleichheit. Wir
43 wollen, dass genug Zukunft für Alle da ist, nicht nur für die Wenigen.

44 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten denken ökonomische Vernunft und
45 solidarisches Miteinander zusammen. Dazu gehört eine auskömmliche Ausstattung
46 des Gemeinwesens für ein solidarisches Miteinander.

47

48 Die Marktgläubigkeit der letzten zwei Jahrzehnte, die auch unsere Partei ergriffen hat,
49 hat zu Unwuchten in unserer Gesellschaft geführt und zu einer weit verbreiteten
50 Abstiegsangst bis weit in die Mittelschicht hinein. Diesen Trend wollen wir stoppen
51 und umkehren. Wir wollen auch steuerpolitisch die Partei der sozialen Gerechtigkeit
52 und die Interessenvertretung der Vielen sein.

53 Das Ziel ist, die mit den notwendigen Einnahmen der öffentlichen Hand und der
54 Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit verbundenen finanziellen Lasten gerecht
55 zu verteilen. Dafür müssen Steuertricksereien und Steuerbetrug wirksam bekämpft,
56 steuerliche Privilegien für hohe Vermögen und Einkommen abgebaut und kleine und
57 mittlere Einkommen – und nur die – wirksam entlastet werden.

58

59 Dazu im Einzelnen:

60

61 **BEKÄMPFUNG VON STEUERTRICKSEREI, STEUERBETRUG UND STEUERRAUB**

62

63 Staatseinnahmen sind nur dann gerecht, wenn sich alle angemessen an der
64 Finanzierung des Staates beteiligen. Das ist so lange nicht der Fall, wie global agierende
65 Unternehmen und viele besonders vermögende Privatpersonen Steuern durch

66 trickreiches Ausnutzen von Schlupflöchern bis hin zum Betrug oder gar der Plünderung
67 öffentlicher Kassen umschiffen. Dass Steuerräuber allein in den letzten Jahren Steuern
68 nicht nur hinterzogen, sondern die öffentlichen Kassen durch Rückerstattung von zig
69 Milliarden Euro gar nicht gezahlter Steuern ausgenommen haben, ist ein Skandal, der
70 nicht hinnehmbar ist, auch weil es die Steuermoral der ehrlichen Arbeitnehmerinnen
71 und Arbeitnehmer und vieler Unternehmerinnen und Unternehmer untergräbt.
72 Deshalb steht die Bekämpfung dieser teils kriminellen Machenschaften im Zentrum
73 der Offensive, die u.a. folgende Maßnahmen vorsieht:

74

75

76 **SCHLUPFLÖCHER VERMEIDEN, BESTEHENDE SCHLUPFLÖCHER SCHNELLER SCHLIEßEN**

77

- 78 • Automatischer Informationsaustausch zu Kapitalerträgen zwischen Banken und
79 Finanzbehörden auch im Inland wie das bei Lohn- und Gehaltsüberweisungen
80 selbstverständlich ist.
- 81 • Gesetzliche Regelungen gegen Gewinnverschiebung über Lizenzgebühren bei
82 der
83 Gewinnermittlung durch eine dauerhaft wirksame Lizenzschranke.
- 84 • Konsequente Aufarbeitung von Versäumnissen bei der Bekämpfung von
85 Steuerflucht (z.B. Cum/Ex- Geschäfte).
- 86 • Meldepflicht für Steuersparmodelle.
- 87 • Öffentliche Darstellung der globalen Verteilung von Umsätzen, Gewinnen und
88 Steuern international agierender Unternehmen (Country-by-Country-
89 Reporting).
- 90 • Ausweis der Beteiligung externer Expertinnen und Experten bei der
91 Formulierung von Gesetzen und Gesetzesauslegungen (Footprints).
- 92 • Prüfung steuerlicher Ausnahmetatbestände auf Missbrauchsentwicklung.
- 93 • Schaffung einer gemeinsamen EU-weiten Bemessungsgrundlage für die
94 Unternehmenssteuern.

95

96

97 **TRANSPARENZ UND ERMITTLUNGSMÖGLICHKEITEN VERBESSERN**

98

- 99 • Klarstellung, auch künftig auf Steuer-CDs und andere Insider-Informationen
100 zurückzugreifen.
- 101 • Einführung bundeseinheitlicher Standards (insbesondere in Bezug auf die
102 Prüfungsdichte) für Steuerprüfung und -fahndung.
- 103 • Personelle Verstärkung der Aufklärungseinheiten in der Finanzverwaltung durch
104 ein Sofortprogramm. Zudem braucht eine Steuerfahndung auch die

- 105 Rückendeckung der politischen Führung und nicht deren Zerschlagung, denn
106 das ist nur ein Gewinn für die Steuerhinterzieher.
- 107 • Nachbesserung des Gesetzes zur Einführung nicht manipulierbarer
108 Registrierkassen.
 - 109 • Verbesserung der Kooperation zwischen Steuerbehörden, Finanzaufsicht und
110 der BaFin als auch eine bessere Ausstattung sowie eine Verstärkung der
111 Durchgriffsrechte.
 - 112 • Aufbau eines europäischen Transparenzregisters zur Erfassung von offshore
113 Niederlassungen (Briefkastenfirmen).
 - 114 • Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Steuerbehörden mit OLAF,
115 Europol und Interpol.
 - 116 • Whistleblower gesetzlich schützen, die einen nachweislichen Betrug an der
117 Allgemeinheit offenbaren.
- 118
119

120 HERSTELLUNG VON MEHR STEUERGERECHTIGKEIT UND WIRKUNGSVOLLERE 121 SANKTIONEN BEI GESETZESVERSTÖßEN

122

123 Die Herstellung von Steuergerechtigkeit ist untrennbar verbunden mit der
124 konsequenten Anwendung und Durchsetzung von wirksamen Gesetzen.

125 Wir setzen uns ein für die Einführung eines Unternehmensstrafrechts zur wirksameren
126 Sanktionierung von Beihilfe zu Steuerstraftaten. Wir lehnen die Privilegierung von
127 Betrugsdelikten durch Strafminderung im Steuerrecht ab.

128

129 Angesichts hoher und weiter steigender Unternehmensgewinne und
130 Spitzeneinkommen brauchen wir eine Korrektur der Steuerverteilung, indem die über
131 Jahrzehnte vollzogene Umverteilung von unten nach oben gestoppt und wieder dem
132 Leitsatz Rechnung getragen wird, dass starke Schultern mehr tragen müssen als
133 schwache. Für die Umverteilung war nicht zuletzt die Verschiebung von direkten hinzu
134 indirekten Steuern verantwortlich.

135 Die SPD hat vor 15 Jahren die größte Einkommensteuersenkung und die größte
136 Körperschaftssteuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik vollzogen. Dadurch
137 wurden alle Einkommensteuerzahler entlastet. Besonders profitiert davon haben
138 allerdings die Großverdiener. Diese Verteilungswirkung wollen wir korrigieren. Dabei
139 geht es - gemessen an der konservativ-liberalen Steuerpolitik der neunziger Jahre -
140 nicht um Steuererhöhungen, sondern um die notwendige Neujustierung und damit die
141 teilweise Rücknahme hin zu einer weiteren Entlastung kleiner und mittlerer
142 Einkommen sowie um einen größeren Beitrag von hohem Vermögen und Einkommen.
143 Das wollen wir durch folgende Maßnahmen im Bereich der Substanz-, Einkommen-

144 und Ertragsteuern und der Umsatzsteuer erreichen.

145

146

147 **SUBSTANZSTEUERN**

148

149 • Die Vermögensteuer soll wieder aktiviert werden, mit einem hohen Freibetrag
150 und einem wirksamen Steuersatz. Daher unterstützen wir die Kommission zur
151 Vermögensbesteuerung des Parteivorstands und erwarten konkrete Vorschläge.

152 • Langfristig ist die bisherige Grundsteuer durch eine nicht auf die Mieter
153 umlegbare Bodenwertsteuer zu ersetzen. Dabei unterstützen wir aktuell die
154 Einführung eines werteabhängigen Modells zur Errechnung der Grundsteuer
155 mit klaren mietmindernden Wirkungen wie von der SPD Bundestagsfraktion
156 gefordert wird.

157 • Zahlung der Grunderwerbssteuer anteilig zum Eigentumstitel zur Ausschaltung
158 des Privilegs der share deals.

159

160

161 **EINKOMMEN- UND ERTRAGSTEUERN**

162

163 • Im Mittelpunkt von Gesetzgebung und Kommunikation soll zukünftig der
164 Durchschnittssteuersatz stehen. Die Begriffe Grenz- und Spitzensteuersatz
165 haben sich als hochgradig missverständlich erwiesen und sind zum Werkzeug
166 von Lobbygruppen degeneriert, die damit weit höhere Steuerbelastungen als die
167 tatsächlichen oder angestrebten suggerieren. (Beispiel: Ein Single mit 60.000
168 Euro zu versteuerndem Einkommen zahlt derzeit den Grenz- und
169 Spitzensteuersatz von 42%, sein Steuersatz auf das zu versteuernde Einkommen
170 beträgt jedoch 27,6%.)

171 • Bei der Erbschaftssteuer sollen alle Vermögensarten gleich (keine Privilegierung
172 bei Unternehmenserbschaften) behandelt werden. Hohe Freibeträge sorgen
173 dafür, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen auch künftig nicht von
174 der Erbschaftsteuer betroffen sein wird. So liegt allein der Freibetrag bei
175 500.000 bei den hinterbliebenen Partnern und bei 400.000 bei Kindern pro
176 Elternteil. Es geht um eine Besteuerung der Mega-Vermögen, die in den
177 nächsten Jahren vererbt werden und so zu leistungslosen Einkommen führt.
178 Wenn bei der Unternehmensvererbung durch eine sofortige Fälligkeit
179 Arbeitsplätze gefährdet werden, sollen die Zahlungsmodalitäten so ausgestaltet
180 werden, dass das Unternehmen in seiner Existenz und Wettbewerbsfähigkeit
181 nicht gefährdet ist.

182 • Die Nutzung des Freibetrages bei Schenkung oder Erbschaft soll nur noch

- 183 einmalig möglich sein.
- 184 • Wir wollen eine spürbare Entlastung kleiner und wirklich mittlerer Einkommen
185 bei gleichzeitiger Anhebung des Durchschnittssteuersatzes für die zehn Prozent
186 der höchsten Einkommen. Dann könnte im Gegenzug der Solidaritätszuschlag
187 entfallen. So wollen wir eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.000/24.000
188 Euro für Singles/Verheiratete. Darüber hinaus sorgen wir mit einem
189 Kinderbonus für eine Entlastung von Alleinerziehenden und Paaren.
- 190 • Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einzel- und Personenunternehmen
191 gegenüber Kapitalgesellschaften wird beseitigt.
- 192 • Die Versteuerung von Kapitalerträgen erfolgt zukünftig wieder mit der
193 Einkommensteuer und nicht mehr mit der bisherigen niedrigeren pauschalen
194 Abgeltungssteuer.
- 195 • Gewährleistung einer fairen Unternehmensbesteuerung am Ort der
196 Wertschöpfung im Rahmen der national geltenden Steuersätze.
- 197 • Wir fordern eine gerechte Besteuerung der digitalen Wirtschaft und stehen für
198 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen. Wenn es global
199 nicht geht, dann europäisch, ansonsten im Rahmen der verstärkten
200 Zusammenarbeit innerhalb der EU mit den willigen Staaten. Dabei begrüßen
201 wir die klaren Beschlüsse im Europawahlprogramm der SPD dazu.
- 202 • Die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezügen wird auf das 15fache des
203 Durchschnittsgehaltes (Betriebliche Vollzeitkraft) im Unternehmen/Konzern
204 begrenzt.
- 205 • Das Ehegattensplitting werden wir für zukünftige Partnerschaften durch einen
206 Familientarif mit Kinderbonus ersetzen (s. Wahlprogramm zur Bundestagswahl
207 2017), wobei der Splittingvorteil auf 7.000 Euro gedeckelt wird.
- 208 • Jedes Kind ist gleich viel wert, der bisherige steuerlich ungerechte
209 Kinderfreibetrag wird abgeschafft, das Kindergeld durch eine
210 Kindergrundsicherung ersetzt.
- 211 • Wir setzen uns für die Entlastung von geringen und mittleren Einkommen durch
212 eine Entlastung bei den indirekten Steuern, wie beispielsweise der
213 Mehrwertsteuer ein.
- 214 • Wir setzen uns für eine sozial gerechte CO₂-Bepreisung ein. Denn wir wissen,
215 eine CO₂-Bepreisung kann als Teil eines Instrumenten-Mixes einen wirksamen
216 Beitrag zum Erreichen unserer Klimaschutzziele leisten. Wir wissen aber auch,
217 dass diese Lenkungswirkung bei kleineren und mittleren Einkommen und vor
218 allem bei Pendlerinnen und Mietern zu unverhältnismäßigen Belastungen
219 führen kann. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen die
220 Energie-, Verkehrs- und Wärmewende als ökonomische, ökologische und soziale
221 wie gesellschaftliche Herausforderung. Nur eine ganzheitliche Betrachtung wird
222 letztlich zum Erfolg führen.

- 223
- 224
- 225
- 226
- Unser Ziel bleibt eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen. Wir begrüßen daher die Festlegung im Europakonvent ausdrücklich.